



Comprehensive Security und Total Defence: Nordische Resilienzmodelle als Blaupause für Deutschlands Integrierte Sicherheit?

Beiträge von Josefiina Manninen, Freddy Jönsson Hanberg und Tina Behnke

Hybride Angriffe sind alltäglich geworden und die zentrale Frage lautet: **Wie baut eine Gesellschaft Resilienz im Alltag auf? Comprehensive Security und Total Defence sind die nordischen Antworten darauf: mehr als Verteidigungsdoktrin – gesamtgesellschaftliche Sicherheitsarchitekturen, die mentale Widerstandsfähigkeit als Grundlage begreifen. Finnland und Schweden zeigen, wie das gelingt. Was lässt sich daraus für Deutschlands Integrierte Sicherheit lernen?**

1. Ausgangspunkt: Integrierte Sicherheit und ihre fehlende Dimension

von Tina Behnke

Sicherheit beginnt nicht erst dort, wo Streitkräfte zum Einsatz kommen. In einer Zeit, in der hybride Angriffe zum Dauerzustand geworden sind, entscheidet sich die Widerstandsfähigkeit eines Landes weit unterhalb klassischer Eskalationsschwellen: In der Funktionsfähigkeit seiner Institutionen, im Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger und in der Fähigkeit einer Gesellschaft, unter Druck handlungsfähig zu bleiben. Bundeskanzler Friedrich Merz hat diesen Zustand treffend beschrieben: „Wir sind nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden.“ Diese Grauzone zwischen Frieden und Konflikt ist kein Übergang, sondern der strategische Raum, in dem sich Sicherheitspolitik heute bewähren muss.

Deutschland ist in diesem Raum täglich gefordert: Cyberoperationen gegen staatliche Stellen und kritische Infrastrukturen, gezielte Desinformationskampagnen, Sabotageakte, wirtschaftliche Druckmittel sowie psychologische Einflussoperationen zielen nicht auf die Eroberung von Territorium, sondern auf die Besetzung mentaler Räume. Verunsicherung, Misstrauen, Entscheidungshemmung und gesellschaftliche Spaltung sind ihre Wirkmechanismen. Sie entfalten ihre Wirkung dort, wo institutionelle Zuständigkeiten fragmentiert, gesellschaftliche Erwartungshaltungen unklar und die Bereitschaft zur Vorsorge schwach ausgeprägt sind. Die entscheidende sicherheitspolitische Frage lautet daher nicht allein, welchen Bedrohungen Deutschland ausgesetzt ist, sondern wie widerstandsfähig Staat und Gesellschaft diesen begegnen – und zwar dauerhaft, im Alltag, lange bevor ein Spannungs- oder Verteidigungsfall formell festgestellt wird. Genau in diesem Vorsorgebereich unterhalb der Schwelle des militärischen Ernstfalls liegt das eigentliche Defizit.

Die [Nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands](#) von 2023 hat auf diese Herausforderung mit dem Leitbild der Integrierten Sicherheit reagiert – einem grundlegenden Perspektivwechsel, der Sicherheit ressortübergreifend, gesamtstaatlich, gesamtgesellschaftlich und präventiv denkt. Integrierte Sicherheit rückt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt – nicht mehr nur als Objekt staatlicher Schutzmaßnahmen, sondern als Subjekt und Mitgestalter von Sicherheit. Dies ist der eigentliche Mehrwert des Konzepts: Sicherheit entsteht dort, wo Menschen sich orientieren können, Verantwortung übernehmen und ihr eigenes Handeln als Teil der Sicherheitsarchitektur begreifen. Der im August 2025 neu eingerichtete [Nationale Sicherheitsrat](#) setzt diesen Rahmen institutionell um und operiert an der Schnittstelle von vier Dimensionen: innerer, äußerer, digitaler und wirtschaftlicher Sicherheit.

Doch in der Praxis bleibt eine zentrale Lücke: Integrierte Sicherheit wird bislang vor allem als institutionelle Koordinationsaufgabe verstanden. Ihre mentale und gesellschaftliche Voraussetzung bleibt weitgehend unberücksichtigt. Gerade weil Integrierte Sicherheit den Menschen in den Mittelpunkt stellt, fehlt in dieser Architektur eine entscheidende, fünfte Dimension – der mentale Rahmen, in dem gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit, Urteilsfähigkeit und Vorsorgeverständnis überhaupt erst entstehen können. Die vier Dimensionen Integrierter Sicherheit bleiben unvollständig, solange ihre gemeinsame Grundlage nicht ausdrücklich benannt wird: *mentale Sicherheit* – die unterschätzte fünfte Dimension und zugleich die unverzichtbare Basis, die maßgeblich beeinflusst, wie Bedrohungen wahrgenommen, staatliches Handeln bewertet und individuelle wie kollektive Reaktionsmuster ausgebildet werden.

Mentale Sicherheit ist dabei in sozio-kulturelle Rahmenbedingungen eingebettet. Geteilte Normen und historische Erfahrungen prägen, wie eine Gesellschaft Risiken deutet und auf Krisen reagiert. Hybride Angriffe setzen gezielt hier an: Sie versuchen, gesellschaftliche Deutungsmuster zu verschieben und bestehende Spannungen zu verstärken. Wo mentale Sicherheit fehlt, entstehen Passivität, Radikalisierung oder Rückzug aus dem demokratischen Diskurs. Mentale Sicherheit ist damit nicht eine von mehreren Dimensionen neben den anderen, sondern das verbindende Medium der Integrierten Sicherheit – sie entscheidet darüber, ob aus formaler Koordination tatsächliche gesellschaftliche Handlungsfähigkeit entsteht.

Andere Staaten haben diese Dimension längst als Kern ihrer Sicherheitsarchitektur begriffen. Finnland und Schweden verbinden staatliche Koordination mit gesellschaftlicher Eigenverantwortung, integrieren Sicherheitsvorsorge in Bildungssysteme sowie öffentliches Bewusstsein und schaffen institutionelle Strukturen, die Resilienz nicht als Krisenreaktion, sondern als gesellschaftliche Daueraufgabe begreifen – und schließen dabei die mentale Dimension ausdrücklich ein. Was kann Deutschland von diesen nordischen Resilienzmodellen lernen?

2. Nordische Modelle: Mentale Sicherheit als Strukturprinzip

Die nordischen Sicherheitsmodelle Finnlands und Schwedens sind nicht primär kulturelle Sonderfälle, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger institutioneller Entscheidungen. Beide Länder behandeln mentale Sicherheit nicht als Begleitphänomen, sondern als strukturtragende Voraussetzung von Verteidigungsfähigkeit, Resilienz und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Entscheidend sind dabei nicht einzelne Maßnahmen, sondern die systematische Verschränkung von Wehrpflicht, Zivilschutz, Wirtschaftseinbindung und strategischer Kommunikation.

2.1 Finnland – Comprehensive Security als gesamtgesellschaftliches Betriebssystem

von Josefiina Manninen

Finnlands Konzept der *Comprehensive Security* (*kokonaisturvallisuus*) ist als dauerhaftes Betriebssystem für Krisen- und Verteidigungsfähigkeit angelegt. Es basiert auf der *Security Strategy for Society*, zuletzt 2025 aktualisiert, die sieben gleichrangige, vitale Funktionen definiert: Führung, internationale Handlungsfähigkeit, Verteidigungsfähigkeit, innere Sicherheit, Wirtschaft und Versorgungssicherheit, Funktionsfähigkeit der Bevölkerung sowie ausdrücklich psychologische Resilienz. Letztere bezeichnet die Fähigkeit der Bevölkerung, staatlichem Handeln zu vertrauen, Bedrohungen realistisch einzuordnen und auch unter Belastung handlungsfähig zu bleiben. Diese Resilienz wird gezielt gestärkt durch Transparenz, Beteiligung und regelmäßige Übung.

Bildung – einschließlich der Integration kritischer Medienkompetenz in die Lehrpläne von frühester Kindheit an – ist dabei ebenso ein wesentlicher Bestandteil wie Kultur, zwischenmenschliches Vertrauen in der Gesellschaft, der Zugang zu Dienstleistungen und nationale Identität. Obwohl formal als eine Funktion unter sieben ausgewiesen, ist psychologische Resilienz querschnittlich. Ihre Stärke bestimmt die Leistungsfähigkeit aller anderen vitalen Funktionen. Ihren Kern bildet eine grundlegende Prämisse: Gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit entsteht letztlich bei den Menschen – Institutionen schaffen Struktur und Koordination, doch Standhaftigkeit unter Druck hängt von informierten, handlungsfähigen und engagierten Individuen ab, die demokratischen Prozessen und einander vertrauen.

Zentrale Grundlage ist eine kontinuierliche nationale Risikoanalyse, die Bedrohungen – von militärischen Szenarien bis zu Informationsbeeinflussung – priorisiert und als verbindliche Referenz für alle Ressorts dient. Daraus werden strategische Aufgaben abgeleitet, von denen derzeit 56 klar einem jeweils führenden Ministerium zugewiesen sind. Verantwortung ist damit nicht kollektiv verwischt, sondern eindeutig adressiert. Die sektorübergreifende Zusammenarbeit wird vom [Sicherheitsausschuss](#) im Verteidigungsministerium gefördert. Er bringt Staatssekretäre und Leiter von Sicherheitsbehörden sowie Vertreter der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammen und gewährleistet so ein gemeinsames Lagebild, eine koordinierte Vorbereitung und eine einheitliche Kommunikation – bereits in Friedenszeiten. Gerade diese dauerhafte Koordinierung in Friedenszeiten unterscheidet das finnische Modell von rein reaktiven Krisenstrukturen.

Angesichts der geografischen Ausdehnung Finnlands spielen regionale Akteure eine zentrale Rolle. Vorsorgestrukturen sind so ausgelegt, dass sie auf kommunaler und regionaler Ebene funktionieren, unterstützt durch nationale Koordinationsmechanismen. Regelmäßige nationale und regionale Übungen binden Behörden, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und freiwillige Akteure ein. Diese Übungen testen nicht nur Notfallpläne, sondern stärken Netzwerke, klären Zuständigkeiten und fördern Vertrauen. Vorsorge wird so als gelebte gesellschaftliche Praxis aufrechterhalten – nicht nur als Verwaltungsplan.

Ein wesentlicher Pfeiler mentaler Sicherheit ist die breite gesellschaftliche Einbindung durch Wehrpflicht und Reserve. Zwischen 70 und 80 Prozent jeder Alterskohorte leisten Wehrdienst; die Reserve umfasst etwa 900.000 Personen bei 5,6 Millionen Einwohnern und macht annähernd 96 Prozent der Truppenstärke im Kriegsfall aus. Auffrischungsübungen sind verpflichtend, gesetzlich verankert und gesellschaftlich akzeptiert. Arbeitgeber tragen diese Logik mit, da Verteidigung als kollektive Aufgabe verstanden wird. Regelmäßige Übungen sind verpflichtend, rechtssicher angelegt und gesellschaftlich akzeptiert. Arbeitgeber unterstützen diese Regelung, da Verteidigung als eine kollektive Aufgabe wahrgenommen wird. Regelmäßige Übungen und klare Rollendefinitionen fördern dabei Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit.

Auch Wirtschaft und kritische Infrastruktur sind systematisch integriert. Über die [National Emergency Supply Agency](#) (NESA) werden Unternehmen verpflichtet oder freiwillig eingebunden, die Funktionsfähigkeit zentraler Prozesse auch unter Krisenbedingungen sicherzustellen. Vorsorge wird nicht durch staatliche Vorratshaltung, sondern durch vertraglich gesicherte betriebliche Kontinuität organisiert. Für Einzelpersonen gibt es einen Vorsorgeleitfaden für Krisen- und Notfallsituationen sowie die Empfehlung, dass Haushalte sich auf mindestens drei Tage Selbstversorgung vorbereiten sollten. Nichtregierungsorganisationen spielen eine wichtige Rolle insbesondere bei der Anleitung zur individuellen Vorsorge.

Die von der Regierung organisierten [National Defence Courses](#) schaffen eine sicherheitspolitische Wissensbasis bei Führungskräften: Schlüsselpersonen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft durchlaufen gemeinsam mehrwöchige Programme. Seit 1961 wurden so über 10.000 Personen auf nationaler Ebene eingebunden; regionale Kurse haben bereits mehr als 70.000 Teilnehmende erreicht. Freiwillige Landesverteidigungsaktivitäten zivilgesellschaftlicher Verbände – häufig von Reservistinnen und Reservisten der Streitkräfte organisiert – ergänzen das System durch Vorsorgetraining für die Zivilbevölkerung. Gemeinsam stärken diese Formate Wissen, Vernetzung, staatsbürgerliche Verantwortung und das Vertrauen in staatliche Institutionen – und tragen dazu bei, die außergewöhnlich hohe Verteidigungsbereitschaft (78 Prozent) der finnischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Am Ende steht eine Gesellschaft, die als schützenswert begriffen wird. Finnland zeigt damit: Mentale Sicherheit ist steuerbar, messbar und institutionell absicherbar – wenn sie als eigenständige Sicherheitsfunktion begriffen wird.

2.2 Schweden – Total Defence und psychologische Verteidigung

von Freddy Jönsson Hanberg

Schwedens *Total-Defence-Modell* (*Totalförsvar*) verfolgt einen ähnlichen, aber stärker normativ-mobilisierenden Ansatz. Sicherheit wird als Verpflichtung aller verstanden. Die *Totalförsvarsplikt* gilt für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zwischen 16 und 70 Jahren und umfasst militärischen Dienst, zivilen Pflichtdienst in kritischen Bereichen sowie eine allgemeine Dienstpflicht zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionen. Sie gilt in Friedenszeiten, entfaltet ihren vollen Umfang jedoch erst in Zeiten erhöhter Bereitschaft, der Krise oder des Krieges.

Diese rechtliche Verankerung schafft mentale Klarheit: Verteidigung ist keine delegierte Staatsaufgabe, sondern Teil der Bürgerrolle. Die Reaktivierung der geschlechtsneutralen Wehrpflicht 2017 war dabei nicht nur eine militärische Maßnahme, sondern ein bewusstes Signal gesellschaftlicher Wehrhaftigkeit. Seit 2026 wird dieser Ansatz konsequent auf die zivile Dimension erweitert und der Zivildienst – in Schweden ausdrücklich als ziviles Pendant der Gesamtverteidigung verstanden – wird umfassend aktiviert. Zivildienst ist dabei nicht als Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer konzipiert, sondern als integraler ziviler Bestandteil der Gesamtverteidigung, dem Personen zugewiesen werden können – auch solche, die keinen Militärdienst leisten. Jugendliche können dann zur Musterung einberufen und für eine erweiterte Grundausbildung im Zivildienst registriert werden, vor allem im Rettungsdienst, aber auch in Cybersicherheit und elektronischer Kommunikation.

Bis 2035 sollen die kommunalen Rettungsdienste um mehr als 16.000 Zivildienstleistende verstärkt werden. Ausschlaggebend waren Erfahrungen aus der Ukraine, wo zivile Rettungskräfte bei der Bewältigung russischer Luftangriffe landesweit entscheidend sind. Das Ergebnis dieser systematischen Selbstermächtigung ist bemerkenswert: Etwa 70 Prozent der schwedischen Bevölkerung kennen ihre konkrete Rolle im Falle einer Krise oder eines Krieges. Dies erzeugt keine Angst, sondern Orientierung und Handlungssicherheit – und bildet damit das Fundament mentaler Sicherheit. Wer weiß, was von ihm erwartet wird und was er tun kann, ist psychologisch stabiler als jemand, der im Krisenfall orientierungslos bleibt.

Institutionell hat Schweden zivile und mentale Sicherheit politisch sichtbar gemacht. Seit 2022 gibt es einen Minister für Zivile Verteidigung – dass im Verteidigungsministerium sowohl militärische als auch zivile Verteidigung mit jeweils eigenem Minister vertreten sind, unterstreicht die Gleichwertigkeit beider Bereiche. Die bisherige *Swedish Civil Contingencies Agency* (MSB) wurde zum 1. Januar 2026 zur *Swedish Civil Defence and Resilience Agency* (MCF) umbenannt – mit klarem Fokus auf Kriegsbereitschaft. Parallel wurde 2022 die *Agency for Psychological Defence* (MPF) geschaffen – eine weltweit nahezu einzigartige Behörde. Die MPF hat den Auftrag, psychologische Verteidigung zu entwickeln und zu koordinieren. Sie analysiert Desinformationskampagnen, unterstützt Medien und Behörden, fördert Medienkompetenz und schützt gesellschaftliches Vertrauen als sicherheitspolitische Ressource. Ziel ist der Erhalt der *försvarsvilja* – des Willens der Bevölkerung, demokratische Ordnung und nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Zentral ist zudem die Kommunikationsstrategie. Die Broschüre *Om krisen eller kriget kommer / In case of crisis or war*, zuletzt 2024 aktualisiert, wird flächendeckend an Haushalte verteilt. Ergänzend richtet sich mit *Preparedness for businesses: In case of crisis or war* ein eigenes Pendant an Unternehmen. Beide Publikationen definieren konkrete Rollen, Erwartungen und Pflichten – für Individuen wie für die Wirtschaft.

Flankiert wird dies durch jährliche *Preparedness Weeks*, kommunale Sicherheits- und Informationspunkte (*trygghetspunkter*) sowie verbindliche Planungsannahmen für den Verteidigungsfall. Kommunikation ist dabei nicht beruhigend, sondern befähigend. Transparenz gilt als Voraussetzung mentaler Stabilität. Schweden demonstriert damit, dass mentale Sicherheit nicht durch Vertrauen allein entsteht, sondern durch klare Erwartungen, institutionelle Führung und kontinuierliche Übung.

3. Deutschland im Vergleich: Das Umsetzungsdefizit

von Tina Behnke

Die nordischen Modelle sind analytisch aufschlussreich, bergen jedoch die Gefahr vorschneller Schlussfolgerungen. Ihre Wirksamkeit darf keine unmittelbare Übertragbarkeit suggerieren. Die zentrale analytische Frage lautet daher nicht, warum Deutschland das nordische Modell nicht einfach übernimmt, sondern unter welchen Bedingungen und in welcher Form funktionale Prinzipien nordischer Resilienzpolitik in den deutschen Kontext übersetzt werden können, ohne föderale Grundprinzipien oder politische Kultur zu unterlaufen. Finnland und Schweden unterscheiden sich von Deutschland nicht nur in ihrer Bevölkerungsgröße, sondern vor allem in ihrer staatlichen Organisationslogik, ihrer politischen Kultur und ihrer historisch gewachsenen Vorsorge- und Wehrhaftigkeitstradition. Insbesondere Finnland verdeutlicht, wie stark sicherheitspolitische Strukturen aus geopolitischer Lage und historischer Erfahrung erwachsen. Als Staat an der europäischen Peripherie mit unmittelbarer Grenze zu einem militärisch überlegenen Nachbarn konnte es sicherheitspolitische Verantwortung nie externalisieren oder strategisch vertagen. Sicherheit war dauerhaft existenziell – nicht situativ.

Deutschland hingegen ist durch einen ausgeprägten Föderalismus, eine hohe institutionelle Fragmentierung und eine traditionell zurückhaltende gesellschaftliche Mobilisierung im Sicherheitsbereich geprägt. Wo Finnland und Schweden mit schlanken Strukturen zentral steuern, muss Deutschland föderale, Landes- und kommunale Akteure über überlappende Verwaltungs- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg ausrichten. Diese strukturelle Komplexität ist kein Organisationsfehler, sondern Ausdruck der verfassungsrechtlichen Ordnung, die eine Ausweitung zentraler Kompetenzen bewusst auf den verfassungsrechtlich definierten Spannungs- oder Verteidigungsfall begrenzt. Diese Regelungen gelten nur in Situationen einer unmittelbar bevorstehenden oder tatsächlichen Kriegshandlung gegen Deutschland und sind durch den Deutschen Bundestag formell und mit einer Zweidrittelmehrheit festzustellen. Die föderale Ordnung ist auch unter veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen klar strukturiert und handlungsfähig. Zugleich kann die Verteilung von Zuständigkeiten über verschiedene Ressorts, Bundesländer und Behörden hinweg die Koordination erschweren – insbesondere in komplexen oder dynamischen Lagen. In solchen Fällen ist nicht immer eindeutig, wo die übergreifende Steuerungsverantwortung liegt.

Das hat auch kommunikative Folgen. Deutschland fehlt ein sichtbares politisches Gesicht für zivile und gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge – und damit genau jene Instanz, die Bedrohungslagen einordnen, politische Maßnahmen erklären und der Bevölkerung Orientierung geben könnte. Staatliche Sicherheitskommunikation bleibt stattdessen häufig reaktiv, technisch und auf Behördenlogik beschränkt. Transparente Benennung von Bedrohungen wird oft aus Sorge vor Verunsicherung vermieden – womit jedoch genau jener mentale Raum geöffnet wird, den hybride Einflussoperationen gezielt ausnutzen.

Ein zentrales Defizit ist das Fehlen einer kontinuierlichen, gesamtstaatlichen Risiko- und Bedrohungsanalyse. Deutsche Sicherheitsbehörden analysieren zwar jeweils Teilaspekte, doch eine integrierte Bewertung über Ressortgrenzen hinweg existiert nicht. Die Folge ist eine fragmentierte Bedrohungseinschätzung, die überwiegend reaktiv bleibt: Behörden dokumentieren, was passiert ist, doch eine konsolidierte Einschätzung dessen, was mit welcher Wahrscheinlichkeit eintreten wird und welche Auswirkungen dies hätte, fehlt. Andere Staaten verfügen über regelmäßig aktualisierte *National Risk Assessments*, die weit mehr leisten als behördeninterne Planungsgrundlagen: Sie geben der Bevölkerung Orientierung, schaffen einen argumentativen Ankerpunkt, um politische Maßnahmen konkret abzuleiten sowie öffentlich zu begründen, und ermöglichen eine konsistente Krisenkommunikation, die Vertrauen stärkt statt Verunsicherung zu produzieren.

Auch im Bereich gesellschaftlicher Mobilisierung zeigen sich strukturelle Schwächen. Deutschland verfügt über eine starke Zivilgesellschaft und ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement – etwa im Rettungsdienst, bei Feuerwehren oder im Technischen Hilfswerk. Doch dieses Potenzial wird bislang kaum systematisch in die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge eingebunden. Es fehlen Strukturen, die bürgerschaftliches Engagement über den unmittelbaren Katastrophenfall hinaus mit den Anforderungen dauerhafter Resilienz

im Kontinuum Frieden, Krise und Krieg verknüpfen. Ebenso fehlen verbindliche Formate zur sicherheitspolitischen Bildung für Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Medien und Verwaltung – also für jene Akteure, deren Urteilsfähigkeit und Handeln im Krisenfall unmittelbar über gesellschaftliche Stabilität mitentscheiden. Mentale Sicherheit bleibt damit weitgehend dem Zufall, individueller Medienkompetenz und punktueller Krisenkommunikation überlassen. Diese Defizite sind zwar strukturell, aber nicht unabänderlich. Für Deutschland kommt es nicht darauf an, nordische Strukturen zu imitieren, sondern eigene, kontextangepasste Lösungen zu entwickeln, die föderale Vielfalt mit strategischer Kohärenz verbinden.

4. Handlungsempfehlungen: Mentale Sicherheit institutionalisieren

von Tina Behnke

Mentale Sicherheit verdient die gleiche Systematik wie äußere, innere, wirtschaftliche oder digitale Sicherheit. Die laufende Aktualisierung der Nationalen Sicherheitsstrategie durch den Nationalen Sicherheitsrat bietet die konkrete Gelegenheit, sie als eigenständige fünfte Dimension formal zu verankern. Die Fortschreibung sollte mentale Sicherheit mit klaren strategischen Zielen, messbaren Indikatoren und ressortübergreifender Verantwortung ausweisen. Die folgenden Empfehlungen skizzieren konkrete Ansatzpunkte für diese institutionelle Verankerung.

1. Entscheidend ist nicht die Schaffung neuer Institutionen, sondern die Bündelung bestehender Zuständigkeiten zu einem handlungsfähigen Rahmen. Die Koordinierung mentaler Sicherheit sollte dort ansetzen, wo bereits die Zuständigkeit für zivile Verteidigung liegt – im Bundesministerium des Innern –, an den Nationalen Sicherheitsrat angebunden sein und Prävention, Kommunikation und Krisenpsychologie ressortübergreifend zusammenführen. Deutschland braucht ein ziviles Äquivalent zu den vorhandenen militärischen Verteidigungsdokumenten: ein Pendant zu den [Verteidigungspolitischen Richtlinien](#), das als strategisches Rahmen-dokument für zivile Verteidigung und gesamtgesellschaftliche Resilienz dient. Es sollte Verantwortung verbindlich zuordnen, anstatt auf freiwillige Koordination zu setzen, und einen gemeinsamen Referenzrahmen schaffen, an dem sich alle Ebenen – vom Bund bis zur Kommune – orientieren können. Ferner ist eine zivile Komplementärplanung zum [Operationsplan Deutschland](#) zu entwickeln, die im Rahmen der Gesamtverteidigung die Grundlage für regelmäßige Übungen bildet – denn nur, was geplant ist, kann auch geübt werden.
2. Parallel sollte ein nationales Kompetenzzentrum für mentale Sicherheit entstehen, das gesellschaftliche Belastbarkeit wissenschaftlich beobachtet, Desinformationsstrategien analysiert und Gegenmaßnahmen entwickelt. Ein solches Zentrum – orientiert am schwedischen Vorbild der *Agency for Psychological Defence* – sollte interdisziplinär aufgestellt sein und Aus- und Fortbildungsprogramme für Verwaltung, Sicherheitskräfte und Multiplikatoren bereitstellen.
3. Deutschland benötigt eine jährlich aktualisierte nationale Risikoanalyse, die hybride, konventionelle, wirtschaftliche und mentale Bedrohungen integriert bewertet. Sie sollte psychologische Verwundbarkeiten als eigenständige Risikokategorie ausweisen und als gemeinsamer Referenzrahmen für konsistente Kommunikation dienen. Eine solche Analyse muss zugleich Gegenstand regelmäßiger parlamentarischer Befassung werden – als Grundlage politischer Debatte, demokratischer Kontrolle und öffentlicher Rechenschaftspflicht über den Stand der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge.
4. Mentale Sicherheit entsteht durch gesellschaftliche Verankerung. Deutschland sollte ein dauerhaftes Dialogformat etablieren – nach dem Vorbild des schwedischen „[Folk och Försvar](#)” –, das Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe vermittelt. Parallel sollten breitere sicherheitspolitische Bildungsangebote ausgebaut werden, die sich an Schlüsselakteure und Multiplikatoren richten – also an Personen in Wirtschaft, Medien, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die sicherheitspolitisches Wissen in unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte tragen und dort weiterentwickeln. Dabei kann an das finnische Modell der National Defence Courses angeknüpft werden. Das Ziel ist dreifach: mehr Menschen befähigen, sicherheitspolitische Zusammenhänge einzuordnen; einen gemeinsamen Zeichenvorrat schaffen, mit dem über nationale Sicherheit sektore-

renübergreifend gesprochen werden kann und belastbare Netzwerke zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aufbauen, die im Krisenfall bereits bestehen. Resilienz- und Medienbildung muss zudem frühzeitig durch Integration in schulische Lehrpläne und Verwaltungsausbildung ansetzen. Bestehende Organisationen wie THW, Feuerwehren und Hilfsorganisationen – mit rund 1,7 Millionen Freiwilligen – sollten systematischer mit dem gesamtstaatlichen Resilienzaufbau verknüpft und ihr Auftrag über den akuten Katastrophenfall hinaus auf dauerhafte Vorsorge ausgedehnt werden. Ergänzend könnten Freiwilligendienste mit Sicherheitsbezug bürgerschaftliches Engagement gezielt mit Resilienzaufbau verbinden.

5. Deutschland sollte seinen Ansatz zur Sicherheitskommunikation grundlegend überdenken. Integrierte Sicherheit erfordert integrierte Kommunikation: Ressortübergreifend, konsistent und auf Basis gemeinsamer Lagebilder, die bereits in Friedenszeiten ansetzt und nicht erst in Momenten akuter Krisen greift. Staatliche Kommunikation sollte von *beruhigend* auf *befähigend* umschalten: klare Benennung von Risiken, Erläuterung von Abwägungen und konkrete Handlungsoptionen. Vertrauenswürdige lokale Akteure wie Einsatzkräfte und kommunale Behörden können dabei als glaubwürdige Vermittler dienen.

6. Doch Kommunikation allein genügt nicht: Mentale Sicherheit bleibt abstrakt, wenn sie nicht materiell unterlegt ist. Staatliche Strukturen müssen auf allen Ebenen über Notstromversorgung, autarke Kommunikationsmittel und Notfallvorräte verfügen; die bestehenden Strukturen der psychosozialen Notfallversorgung bedürfen zudem eines quantitativen Ausbaus und der Integration in die gesamtstaatliche Verteidigungsplanung.

7. Vorsorge muss zudem regelmäßig geübt werden, um im Ernstfall zu wirken. Deutschland sollte ein verpflichtendes, jährliches Übungsregime etablieren, das Behörden, Betreiber kritischer Infrastrukturen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure systematisch einbindet und hybride Szenarien abbildet. Ergänzend sollten regelmäßige Formate wie „*Preparedness Weeks*“ und kommunale Anlaufpunkte, vergleichbar mit den schwedischen „*trygghetspunkter*“, Resilienz im Alltag sichtbar und erlebbar machen. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die Vorsorge nicht als Ausnahmezustand begreift, sondern als Normalität. Grundlage all dessen ist eine klare und transparente Rollenverteilung: Der Staat muss unmissverständlich benennen, was er in einer Krise leisten kann – und wo seine Grenzen liegen.

5. Fazit: Mentale Sicherheit als Fundament der Integrierten Sicherheit

von Tina Behnke

Deutschland steht vor einem grundlegenden Mentalitätswandel. Unter der geltenden Annahme, dass die Bundesrepublik sich nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden befindet, ist die Haltung, für Sicherheit sei jemand anders zuständig, nicht mehr tragfähig. Es bedarf einer Kultur der Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit – getragen von klarer staatlicher Orientierung, transparenter Benennung von Bedrohungen und eindeutigen Erwartungen an den Beitrag des Einzelnen. Mentale Sicherheit entsteht nicht durch Appelle, sondern durch Rollenklärung. Strukturen allein schaffen aber keine Resilienz. Sie benötigen eine Gesellschaft, die sich als Teil der Sicherheitsarchitektur versteht.

Sicherheit beginnt im Kopf. Ohne mentale Stabilität keine Wehrhaftigkeit, ohne Vertrauen keine Resilienz, ohne gesellschaftliche Selbstwirksamkeit keine Integrierte Sicherheit. Die dargelegten Handlungsempfehlungen bieten einen konkreten Fahrplan. Ihre Umsetzung ist keine Option, sondern strategische Notwendigkeit – nicht als Reaktion auf die nächste Krise, sondern als präventive Investition in gesellschaftliche Wehrhaftigkeit und demokratische Stabilität.

Josefiina Manninen ist II. Botschaftssekretärin der Botschaft Finnlands in Berlin. Freddy Jönsson Hanberg ist Vorsitzender der Swedish Defence Foundation. Oberstleutnant i.G. Tina Behnke ist Persönliche Referentin des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Die Autorinnen und der Autor geben ihre persönliche Meinung wieder.

Alle Ausgaben der Arbeitspapiere Sicherheitspolitik sind verfügbar auf:
www.baks.bund.de/de/service/arbeitspapiere-sicherheitspolitik